Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 6-mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 161 — Sonnabend, den 13. Juli 1929 — 24. Jahrgang

Balkansommer

Putsch in Bukarest — Eine saubere Eisenbahnverwaltung — Ueberfall in Bulgarien — Massenerschießungen — Alarmgerichte und Apellationen

In letzter Minute gelang es der Bauernregierung Manius in Rumänien einen Staatsstreich zu vereiteln. Zahlreiche Offiziere in Bukarest wurden verhaftet und in das Staatsgefängnis eingeliefert. Die rumänische Regierung behauptet, vollkommen Herr der Lage zu sein. Auch soll im ganzen Lande Ruhe herrschen. Liest man rumänische Blätter, dann ist man geneigt, den Regierungsmeldungen Glauben zu schenken, zumal dieser Presse untersagt wurde, über den Staatsstreich irgendwelche Nachrichten herauszugeben.

Der Staatsstreich der rumänischen Militaristen ist keineswegs verwunderlich, man müsse sich vielmehr sehr wundern, wenn er jetzt nicht gekommen wäre. Vor wenigen Tagen erst machte der rumänische Verkehrsminister Madgearu im Bukarester Parlament Mitteilungen über die Eisenbahnverwaltung des Landes, die wirklich jeder Beschreibung spotten. Der Minister stellte nämlich fest, daß es ihm gelang, 4,5 Milliarden Lei Eisenbahnschulden zu entdecken. Damit wäre jedoch die Wahrheit noch nicht völlig erschöpft, denn täglich kämen neue Posten auf das Passivkonto der Eisenbahnverwaltung, so daß einstweilen noch keine Möglichkeit besteht, die Schulden in ihrer Gesamtheit anzugeben, zumal bei der rumänischen Eisenbahnverwaltung nicht nur keine Verwaltung, sondern auch keine Kontrolle und kaum eine Buchhaltung vorhanden ist.

Alle Budgets der Eisenbahnen in der Nachkriegszeit erweisen sich jetzt als regelmäßige Fälschungen der tatsächlichen Verhältnisse. Der Verkehrsminister gestand freimütig, daß kein Mensch in der Eisenbahnverwaltung weiß, wieviel in einem Monat eingenommen und wieviel ausgegeben wird. Dagegen gelang es dem Scharfsinn des Ministers, in den Lohnlisten der Eisenbahnarbeiter über 2000 Personen zu entdecken, die auch nicht die geringste Arbeit verrichten, sondern von den vorausgegangenen liberalen Regierungen als politisches Personal eingestellt wurden und fröhlich ein Parasitenleben führten. Diese Zustände legten jedem denkenden Rumänen die Frage nahe, wie es wohl in den übrigen Ministerien aussehen mag, vornehmlich im Kriegs- und Finanzministerium. Ministerpräsident Maniu, der Ordnung in die Verwaltung zu bringen sucht, steht im Begriffe, die moralische Säuberung der Staatsverwaltung vorzunehmen. Daran haben aber offenbar viele Rumänen wenig Interesse, vornehmlich die Liberalen, die das letzte Menschenalter hindurch das Land souverän und zuletzt geradezu diktatorisch beherrschten. Putsche und Staatsstreiche sind daher keineswegs verwunderlich. Die nächste Entwicklung kann erst zeigen, ob die Bauernregierung Maniu so fest im Sattel sitzt, daß sie weder von den Liberalen noch von den Militaristen herausgeworfen werden kann.

Aus dem benachbarten Bulgarien kommt die Nachricht, daß ein Attentat auf den Ministerpräsidenten und Außenminister soeben fehlschlug. Die Attentäter hatten sich verrechnet, das Regierungsauto ruhig passieren lassen und auf das zweite Auto, in dem hohe Regierungsbeamte saßen, 20 Scharfschüsse abgegeben. Der Leiter des Sicherheitsdienstes des Ministers für öffentliche Arbeiten, Alexandrow, wurde hierbei erschossen. Bezeichnend für die Zustände, die gegenwärtig in Bulgarien herrschen, ist die Meldung aus Sofia, daß die Untersuchung bisher noch nichts darüber ergab, ob es sich um ein politisches Verbrechen oder um den Ueberfall von Wegelagerern handelt. Zustände!

Anschaulicher werden die Verhältnisse, die hier herrschen, noch beleuchtet, wenn man auf die blutigen Grenzzwischenfälle hinblickt, die sich Woche für Woche an der bulgarisch-südslawischen Grenze abspielen. Nach der Statistik wurden in der Zeit vom 7. Januar bis 25. Juni d. J. durch serbische Grenzwachen nicht weniger als 18 Bulgaren, darunter zwei Frauen, erschossen. Diese Statistik, die von den Südslawen zugegeben wird, ist jedoch keineswegs vollständig, denn die Bulgaren behaupten, daß wenigstens fünfzig ihrer Landsleute den serbischen Grenzwachen zum Opfer fielen. Diese Zustände sind selbst für den Balkan ein Unikum; wir Kulturmenschen des Abendlandes müssen sie schon als Skandal charakterisieren.

Die Serben erhielten am Kriegsende durch den Vertrag von Neuilly nicht nur Mazedonien, sondern auch 2446 Quadratkilometer bulgarischen Staatsgebietes zugesprochen. Die Grenzziehung erfolgte rein willkürlich, so daß viele Bulgaren in der unangenehmen Lage sind, ihre Aecker diesseits und jenseits der Grenze bebauen zu müssen. (Wie an der deutschen Ostgrenze.) Die Serben erkennen nicht einmal an, daß es in Südslawien eine bulgarische Minderheit gibt. Sie lehnen auch eine internationale Untersuchungskommission durch den Völkerbund rundweg ab. Infolgedessen steigt die Erregung der Bulgaren und der Mazedonier von Woche zu Woche.

Die französische und englische Diplomatie arbeiten in Belgrad und Sofia mit Hochdruck, um den Ausbruch offener Feindseligkeiten zu verhindern. Die Südslawen behaupten, daß die bulgarische Regierung Radoslawow amnestierte, um künftighin systematische Grenzzwischenfälle hervorzurufen. Demgegenüber sagen die Bulgaren, daß Südslawien die Grenzfälle systematisch inszeniert, um Sofia zum Nachgeben zu zwingen, nach dem Muster des Griechen Pangalos in Bulgarien einzumarschieren und damit ein Ventil für die gespannte innere Lage Südslawiens zu schaffen. Das unabhängige Blatt „Zora" und das halbamtliche „Slovo" werden sogar ironisch, indem sie den Südslawen vorschlagen, daß es eigentlich den Serben zustände, für Radoslawow ein Denkmal zu errichten, da Südslawien seiner törichten Politik allein es zu verdanken hätte, wenn es heute in der gegenwärtigen Form existiert. Offen erklärt der bulgarische Außenminister Liaptschew, daß an all den zahlreichen Grenzzwischenfällen die unmögliche Grenzziehung zwischen Bulgarien und Südslawien durch den Friedensvertrag von Neuilly schuld ist. Wie aus Budapest, so kommt jetzt auch aus Sofia in verstärktem Maße und mit größerem Nachdruck die Forderung auf Revision der unhaltbaren Friedensdiktate.

Ein neuer englischer Schritt bei Frankreich

Wie Reuter erfährt, hat die englische Regierung beschlossen, einen neuen Appell an Frankreich zu richten, seinen Widerstand gegen die Wahl Londons als Tagungsort der nächsten internationalen Konferenz aufzugeben, zumal keine andere Regierung dagegen sei. Die Konferenz werde wahrscheinlich am 6. August beginnen und, wie man annehme, einen Monat dauern. Man hoffe, daß einige Tage nach dem Zusammentritt der Konferenz die Mitteilung werde erfolgen können, daß die drei alliierten Mächte möglichst schnell an die Räumung des Rheinlandes gehen werden.

In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die britische Regierung in keiner Weise zu der starren Politik des Belassens britischer Truppen im Rheinlande, solange die militärischen Kontingente der anderen Mächte sich dort befinden, verpflichtet ist.

Neue Konferenzschwierigkeiten

Es scheint sich herauszustellen, daß die vielfach besprochenen Aeußerungen Snowdens über englische Aenderungswünsche für den Young-Plan doch einen sehr bedeutsamen Hintergrund haben. Während die deutschen Mitglieder für die Organisationskomitees rechtzeitig genug ernannt sind, um den Komitees zu ermöglichen, am 15. Juli mit ihrer Arbeit zu beginnen, hat sich jetzt die Reparationskommission für außerstande erklärt, ihrerseits Vertreter für die fraglichen Komitees zu benennen. Es besteht Veranlassung, anzunehmen, daß diese Weigerung der Reparationskommission auf Winke aus London zurückzuführen ist. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß der Pariser Verschleppungskampagne nun eine solche englischen Ursprungs folgt. Es heißt an gutunterrichteten Kreisen, daß nicht nur die Unzufriedenheit Londons mit dem Verteilungsschlüssel diese merkwürdige Haltung verursache, sondern, daß England außerdem zu erreichen hoffe, daß der Sitz der Reparationsbank nach London verlegt und ein Engländer leitender Beamter dieser Bank wird. Es ist klar, daß ein Beharren englischerseits auf diesem Standpunkt dem Fortgang der Dinge schwer schaden könnte, da die Rivalität zwischen Paris und London auf diese Weise neue und gefährliche Nahrung erhielte.

Wiederaufnahme der englischen Beziehungen zu Rußland?

Die englische Regierung wird, wie verlautet, noch in dieser Woche die ersten Maßregeln zur Ingangsetzung des gesamten Apparats normaler Beziehungen ergreifen, der sich aus der Anerkennung Sowjetrußlands ergibt, indem sie der russischen Regierung eine entsprechende Benachrichtigung zukommen läßt. Man hofft daß bereits gegen Ende des Monats sich schon ein Vertreter Rußlands in London befinden wird, um mit dem Staatssekretär des Auswärtigen die zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen in direktem Gedankenaustausch zu erörtern, und man hofft ferner, daß bei diesem Gedankenaustausch eine zufriedenstellende Einigung erzielt wird.

Oberregierungsrat Arendt freigelassen

Der 60jährige Oberregierungsrat Arendt aus Gelsenkirchen, der vor fünf Tagen von den polnischen Behörden unter Spionageverdacht verhaftet worden war, weil er die deutschen Kriegergräber in Kielce photographiert hatte, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem die auf die Bemühungen der deutschen Gesandtschaft hin vorgenommene Untersuchung seine Unschuld ergeben hatte.

Briands Luftschloß

Wieder einmal Vereinigte Staaten von Europa. — Politische und wirtschaftliche Hintergründe. — Kritische Stimmen aus Frankreich. Ueble Erfahrungen.

Aus Paris kam am Donnerstag die Nachricht zu uns, daß der französische Außenminister Briand schon in nächster Zeit einen feierlichen Appell zur Gründung der Vereinigten Staaten Europas an alle Völker unseres Erdteils richten wird. Schon auf der Septembertagung des Völkerbundes würde Briand, der sich seit Monaten mit diesem Problem befaßt, seinen Plan in großen Umrissen verkünden und im Anschluß daran die europäischen Staaten einladen, auf einer allgemeinen europäischen Konferenz am Ende dieses Jahres sich mit seinem Projekt auseinanderzusetzen.

Es geschieht gewiß nicht von ungefähr, daß der französische Außenminister gerade jetzt mit diesem Plan herausrückt. Französische Linkspolitiker weisen darauf hin, daß sowohl die Radikal-Sozialisten wie die Sozialisten von Briand und Poincaré eine klare Stellungnahme zum Young-Plan, zur Rheinlandräumung und zur endgültigen Liquidation des Weltkrieges verlangen. Aber sowohl Poincaré wie Briand lehnten es bis zur Stunde ab, sich öffentlich festzulegen. Jetzt sollen die französischen Linksparteien mit dem kühnen paneuropäischen Projekt Briands offensichtlich beruhigt werden.

Aber auch die französischen Rechtsparteien und Mittelparteien, die der Wirtschaft nahe stehen, sollen beruhigt werden. Die glücklichen Inflationsjahre sind für die französische Volkswirtschaft endgültig vorüber. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkte ist für sie in den letzten Monaten wesentlich schwieriger geworden und der Druck im Wirtschaftsleben Frankreichs ist groß. Zauberer Briand weiß Rat. Die Vereinigten Staaten Europas — unter Führung Frankreichs natürlich — werden alle Schwierigkeiten beseitigen.

Kaum war die Nachricht von Briands Plan in die Welt gekabelt, als auch schon alle europäischen Pazifisten Beifall klatschten. Selbstverständlich könnte der Zusammenschluß Europas nicht über Nacht erfolgen, aber auf wirtschaftlichem Gebiete müsse der Anfang gemacht werden. Wie der Gründung des Deutschen Reiches der deutsche Zollverein voranging, so müßte der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa auch ein europäischer Zollverein vorangehen. Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft wäre das Primäre! Hätten die Wirtschaftsführer Europas die Geschicke der Völker unseres Erdteils einmal in Händen, dann würden sie schon dafür Sorge tragen, daß die politischen Leidenschaften gedämpft und die Kämpfe zwischen den europäischen Völkern verschwinden würden. Die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland wäre ebenso wie das große europäische Nationalitätenproblem mit seinen vielen Minderheitenfragen mit einem Schlage gelöst. So sagt man und das glaubt man gerne.

Der französische Regierungsjournalist Pertinax ist freilich anderer Auffassung. Er bezeichnet soeben im „Echo de Paris" Briands Plan als ein „leeres Luftschloß". Der französische Außenminister würde erst jetzt merken, welch' üble Folgen seine unvorsichtige Politik von Locarno hätte. Jetzt aber schicke er sich an, seine alten Pläne gigantisch zu übertreiben. Briand würde jetzt mit den Wölfen heulen, um ihren Bissen zu entgehen. Deshalb eignete er sich jetzt die Ideale der zweiten sozialistischen Internationale an und darum wollte er jetzt mit seinem „tollen Plan" die Probleme der Rheinlandräumung, der Abrüstung, des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland, der Revision des Friedensvertrages von Versailles und die Probleme des französischen Bündnissystems lösen.

Wir verzeichnen die Ansichten von Pertinax lediglich als ein kritisches Stimmungsbild aus Paris. Sachlich sind zu dem neuesten Projekte Briands einige notwendige Anmerkungen zu machen. Zweck des Friedensvertrages von Versailles ist es, die militärische, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Festlande festzulegen. Weder Poincaré noch Briand sind gewillt, diese Zielsetzung des Versailler Vertrages aufzugeben. Das Deutsche Reich wurde mit einem ganzen System von Pufferstaaten umgeben, den Deutschen in Oesterreich wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker versagt und Frankreich schloß in Mittel- und Osteuropa eine Reihe militärischer und politischer Bündnisse ab, ein Bündnissystem, das bezweckte, die Vorherrschaft Frankreichs auf unserem Festlande zu befestigen.

Im Laufe seiner Geschichte hatte Frankreich dreimal die Gelegenheit, an der Spitze der europäischen Völker die Vereinigten Staaten Europas zu schaffen, das erste mal unter Ludwig XIV., das zweite Mal unter Napoleon I. und das dritte Mal unmittelbar nach Ende des Weltkrieges. Jedesmal hat